

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
10/2012 (IV)*



P  
A  
R  
L  
A  
M  
E  
N  
T  
S  
M  
A  
I  
L

Liebe FreundInnen!

Am Dienstag, dem 30. Oktober kam der Nationalrat zu einer weiteren Sondersitzung zusammen. Thema war diesmal eine Dringliche Anfrage der FPÖ an die Bundesministerin für Inneres Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner.

Natürlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!! Wer meinen Infoletter gerne direkt per Email erhalten möchte, kann mir einfach eine kurze Nachricht an [christine.muttonen@parlament.gv.at](mailto:christine.muttonen@parlament.gv.at) schreiben.

Der Infoletter ist zudem auf meiner Webseite [www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at) abrufbar.

Christine

## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

**Am Dienstag, 30. Oktober, trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Debattiert wurde eine Dringliche Anfrage der FPÖ an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zum Thema Asyl.**

Von den VertreterInnen aller Parteien wurde die „**Angstmacherei**“ seitens der FPÖ im Rahmen der Nationalratsdebatte heftig kritisiert. Österreich zählt zu den sichersten Ländern weltweit. **SPÖ-Sicherheitssprecher Otto Pendl** verwies in seiner Rede darauf, dass es insgesamt in Sachen Asyl massive Verbesserungen gibt. So konnten durch die Einführung des Asylgerichtshofs die **Verfahren beschleunigt** und ihre **juristische Qualität gesteigert** werden. Der Rückstand der letzten Jahre – immerhin 23.000 Fälle - konnte aufgearbeitet werden. In erster Instanz wurden die Verfahren auf eine Dauer von drei Monaten verkürzt, das Rechtsmittelverfahren wurde beschleunigt und dauert nun weniger als ein Jahr. Die SprecherInnen der SPÖ kritisierten die Kriminalisierung von AsylwerberInnen seitens der FPÖ und betonten die **Wichtigkeit und Notwendigkeit von humanitärer Hilfe**. In diesem Zusammenhang wurde die Forderung nach einer verbesserten Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wiederholt. Die **Versorgung von Kindern** und Jugendlichen müsse dem **Kindeswohl entsprechend erfolgen**. So müsse man jungen Menschen und Kindern eine zur Obsorge berechnigte Person zur Seite stellen, die minderjährige Flüchtlinge begleitet.

Gleichzeitig müssen **kriminelle Schlepperbanden** noch stärker **von der Exekutive und der Justiz verfolgt und verurteilt werden**. Im Jahr 2011 gab es mehr als 100 Strafanzeigen, dabei aber nur 14 Verurteilungen. Ähnlich empörende Zahlen gab es im Bereich des Menschenhandels. Bei 45 Anzeigen wegen Menschenhandels kam es zu nur zwei Verurteilungen.

## Veranstaltungen:

### Besuch des kasachischen Präsidenten



Am Montag, dem 22. Oktober besuchte der kasachische Staatspräsident Nursultan Nazarbayev das Parlament. Gemeinsam mit Nationalratspräsidentin Barbara Prammer und Abgeordneten des außenpolitischen Ausschusses diskutierte der Staatspräsident über den Demokratisierungsprozess in Kasachstan und darüber wie die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern vertieft werden können. Nationalratspräsidentin Prammer sprach sich für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen und dem kasachischen Parlament aus. Der verstärkten Austausch der beiden Parlamente könne hilfreich dazu beitragen, die demokratische Entwicklung in Kasachstan weiter voranzutreiben. Zudem gäbe es eine Reihe internationaler Themen, wo eine verstärkte Zusammenarbeit für beide Seiten interessant sein könnte. Als Beispiel nannte die Nationalratspräsidentin Wolfgang Großrucks und meine Teilnahme an der vom kasachischen Parlament im August organisierten Anti-Atomwaffenkonferenz in Astana.

nationalratspräsidentin Prammer sprach sich für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen dem österreichischen und dem kasachischen Parlament aus. Der verstärkten Austausch der beiden Parlamente könne hilfreich dazu beitragen, die demokratische Entwicklung in Kasachstan weiter voranzutreiben. Zudem gäbe es eine Reihe internationaler Themen, wo eine verstärkte Zusammenarbeit für beide Seiten interessant sein könnte. Als Beispiel nannte die Nationalratspräsidentin Wolfgang Großrucks und meine Teilnahme an der vom kasachischen Parlament im August organisierten Anti-Atomwaffenkonferenz in Astana.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)